

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300208/22 - Ha

Linz, am 18. Mai 1988

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Außen-
handelsgesetz 1984 geändert wird;
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ. 21 021/7-I,II/1/88 vom 28. März 1988

An das

Bundesministerium für wirt-
schaftliche Angelegenheiten

Stubenring 1
1014 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	71-GE-988
Datum:	25. MAI 1988
Verteilt:	27.5.1988 Rosner

H. Moser

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 28. März 1988 versandten Gesetzentwurf wie
folgt Stellung zu nehmen:

Eine seit 1. Jänner 1988 bestehende zusätzliche außenhan-
delsrechtliche Bewilligungspflicht erscheint für Waren der
Hochtechnologie, welche von vornherein einer besonderen
zollrechtlichen Aufsicht unterliegen, nicht vertretbar und
stellt ein unnötiges bürokratisches Hemmnis dar.

Es wird daher eine Erleichterung für Hochtechnologiewaren
der Anlage C für bestimmte Abfertigungsarten angeregt, sodaß
§ 4 Abs. 2 lit. a entsprechend zu ändern wäre. Es betrifft
dies den Ausgangsvormerkverkehr im Sinne des § 67 Abs. 1
lit. i i.V. mit § 88 des Zollgesetzes 1955 i.d.g.F.
(Vormerk zur Ausbesserung) sowie den Ausgangsvormerkverkehr
im Rahmen des Zollabkommens über das Carnet A.T.A. (BGB1.
Nr. 239/1963), soweit es sich um Berufsausrüstung, Waren zu
Messen und Ausstellungen etc. handelt.

- 2 -

Sollte eine außenhandelsrechtliche Änderung in Form einer Bewilligungsfreiheit aus bestimmten Gründen nicht möglich sein, wird eine Überleitung in die Zollämterermächtigung angeregt.

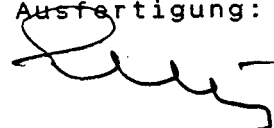
25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. H. H.', written over the text 'der Ausfertigung:'.